

Mit Calvin gegen die Krise : Erosion und Remoralisierung des Leistungsprinzips

Autor(en): **Schatz, Holger**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **29 (2009)**

Heft 56

PDF erstellt am: **31.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651895>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mit Calvin gegen die Krise

Erosion und Remoralisierung des Leistungsprinzips

Der Zweck heiligt bekanntlich die Mittel. In einer Gesellschaft, die sich vom Gewinn abhängig gemacht hat, ist dieser Leitspruch Diagnose, Credo und Norm zugleich. Wenn die Rechnung aber nicht aufgeht, wird nicht der Gewinn in Frage gestellt, sondern der Weg dorthin. Mitunter geht es dabei nicht nur um die Frage, ob der Weg zielführend ist, sondern ob er denn auch legitim ist. So auch derzeit, in der „schlimmsten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg“. Hinter dem Streit um die bessere Konjunkturpolitik zeichnet sich eine Grundsatzdebatte über den legitimen Weg zum Gewinn, zum Erfolg in der kapitalistischen Leistungsgesellschaft ab. Vordergründig kommt dies in Anbetracht der globalen Finanzkrise in zwei mittlerweile weit verbreiteten Forderungen zum Ausdruck: zum einen in der Forderung nach einer Begrenzung von Managerlöhnen und Bonuszahlungen, also Vergütungen, die in den letzten Jahren immer weiter den Bezug zu nachvollziehbaren Leistungsbeiträgen verloren hätten (Thielemann 2009); zum anderen in jener nach einer stärkeren Regulierung im Bereich des Investmentbankings, wo Gewinne „spekulativ“, also ebenfalls ohne Anbindung an reale wirtschaftliche Leistungen, anfielen.

Grundsätzlich ist die Debatte jedoch deshalb, weil sie das Selbstverständnis des Wirtschaftens in der bürgerlichen Gesellschaft tangiert, das Erfolg nur als Ausdruck von Leistung anerkennt und belohnt: Über den sozialen Status, das Einkommen soll nicht die Herkunft, sondern die individuell erbrachte Leistung entscheiden. Dieses sogenannte Leistungsprinzip (Offe 1970) ist von enormer Bedeutung für den inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft, die aufgrund ihrer ökonomischen Verfasstheit strukturell Ungleichheit und Konkurrenz produziert und benötigt, zugleich aber immer weniger auf traditionelle Integrationsmodi wie Familie, Religion oder Nationalismus zurückgreifen kann. Zum einen dient das Leistungsprinzip der Rechtfertigung sozialer Unterschiede, zum anderen bildet es einen gemeinsamen normativen Bezugsrahmen, innerhalb dessen gesellschaftliche Konflikte als Deutungskämpfe um die gerechte Bewertung von Leistungen ausgetragen werden können.

Um die neuere Debatte um Erfolg und Leistung einordnen zu können, soll zunächst auf die umfassende Krise des Leistungsprinzips eingegangen werden, die sich mit der Krise des Fordismus herausgebildet hatte. Auf diese Weise wird deutlich, dass die zur Zeit in Verruf geratene neoliberale Doktrin des Erfolges „um jeden Preis“ ihrerseits auf eine Neujustierung des Leistungsprinzips abstellte. Bestimmte Elemente dieser „neoliberalen Rekonstruktion des Leistungsprinzips“ (Schatz 2004), so die Eigenverantwortung und die Bewirtschaftung des eigenen Marktwertes, verbinden sich

schliesslich – so meine These – im neueren Diskurs der Krisenbewältigung mit einer Remoralisierung von Leistung.

Aufstieg und Verfall des Leistungsprinzips

Das liberale Credo, wonach ein jeder seines eigenen Glückes Schmied sei, war stets umkämpft. Kaum hatte es sich als erfolgreiches Instrument eines antiständischen Aufbruchs in der französischen Revolution bewährt, richtete ein selbstbewusster werdendes Proletariat die Norm gegen ihre Urheber. Hatte nicht einer ihrer liberalen Urväter, John Locke, bereits 1690 begründet, dass und warum Eigentum nur das Ergebnis eigener Arbeit sein könne. Wie aber ist dann die Ausbeutung unbezahlter Mehrarbeit durch die Käufer der Ware Arbeitskraft, die Unternehmer, zu rechtfertigen? Dieser innere Widerspruch beförderte die Abkehr vom Leistungsprinzip in zwei Varianten. Radikale Frühsozialisten um Louis Blanc proklamierten das Prinzip „Jeder nach seinen Bedürfnissen, jedem nach seinen Fähigkeiten“ (Pankoke 1990). Marx wies im Anschluss daran nicht nur die Genese des Leistungsprinzips aus jenen Denkformen nach, welche die kapitalistische Warenproduktion den in ihr Befangenen nahe legt, sondern kritisierte die Repressivität gerade auch eines verwirklichten Leistungsprinzips, schließlich anerkenne es „die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien“ (Marx 1971, 15).

Eine ganz andere Kritik findet sich bis heute bei jenem Strang des Liberalismus, den im 20. Jahrhundert vor allen Dingen Friedrich von Hayek verkörpert hat. Massgeblich ist hier der Glaube, gänzlich auf eine normative Legitimierung von Gewinnen verzichten zu können, die auf individuelle Leistung abstellt (Krätke 2003, 159). Doch das Motto: „Wer hat, der hat es verdient, *weil* er es hat“ konnte sich zunächst ebenso wenig durchsetzen, wie eine Kritik, die danach fragt, warum es überhaupt ökonomische Statusunterschiede gibt bzw. geben soll. Beflügelt von den vielschichtigen Wirkungen einer hintergründigen diskursiven Allianz zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung konsolidierte sich das Leistungsprinzip noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Das Bürgertum deutete nunmehr auch das Kapital und die Unternehmertätigkeit als Quelle der Wertschöpfung (Brentel 1989, 19f.), und die Arbeiterbewegung lieferte das Rezept, mit dessen Hilfe es sich auch über Krisen hinweg immer wieder erneuern sollte: die Kritik an der Kluft zwischen Ideal und Wirklichkeit. Gerade die Empörung über eine ungenügende Realisierung der „Leistungsgerechtigkeit“, die sich etwa an der ungleichen Verteilung von Bildungschancen, Erbschaften und privilegierten familiären Sozialisationsbedingungen festmacht, kann sich überhaupt nur auf der normativen Basis des Leistungsprinzips artikulieren.

Während also gerade dieses innere Spannungsverhältnis des Leistungsprinzips immer wieder zu seiner Erneuerung beitrug, setzte ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein unumkehrbarer Prozess der sozioökonomischen Auszehrung des bürgerlichen Leistungsprinzips ein. Zwei Aspekte dieser Erosion waren hierfür entscheidend. Zum einen die zunehmende Entkopplung des Reichtums von der Arbeit und zum anderen die Folgen des sogenannten fordistischen Klassenkompromisses. Marx wies auf die strukturelle Abkopplung des Wertes von der Arbeit als einen der inneren Widersprüche der kapitalistischen Reichtumsproduktion hin (Marx 1953, 593). Was war damit gemeint? Zentrales Charakteristikum der kapitalistischen Dynamik ist die Konkurrenz der einzelnen Unternehmungen, infolge derer es zu einer permanenten Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Rationalisierung und Innovation kommt. Auf diese Weise schwindet der Anteil unmittelbar angewandter Arbeit im Verhältnis zur Technik, Wissenschaft und Maschinerie. Marx nannte dies die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, des Verhältnisses von lebendiger zu toter Arbeit (1993, 640). Während in der Konsequenz dieser Entwicklung der stoffliche Ausstoss der Produktion, die Gütermenge etc., immer weiter ansteigt, sinkt – relativ betrachtet – paradoxerweise die Profitrate pro Produktions- bzw. Investitionseinheit, weil einerseits die Vernutzung von Arbeit im Produktionsprozess die Quelle des Mehrwerts darstellt (Marx 1978, 52) und andererseits Innovationen und neue Produkte immer nur kurzfristig, bis zum Nachziehen der Konkurrenz, hohe Profitraten gewährleisten. Es entsteht eine Kluft zwischen stofflichem Reichtum und Wert, die sich heute in den Phänomenen der Überproduktion, unausgelasteter Produktionsstätten einerseits und von überakkumuliertem Kapital andererseits ausdrückt. Lange Zeit wurde diese Kluft dadurch überbrückt, dass eine absolute Ausweitung der Produktion das Fallen der Profitrate kompensiert oder gar überkompensiert hat (Kurz 1995, 17). Als dieser Mechanismus an seine Grenzen stieß, kam es bekanntlich zur zunehmenden „Flucht“ des Kapitals in die politisch entfesselten Finanzmärkte.

Diese tendenzielle Entkoppelung von Wert und stofflichem Reichtum, von Wert und Arbeit, erzeugt jedoch Phänomene, die den Mystifikationen des Leistungsprinzips den Boden entziehen. Es waren jene Mystifikationen, wie sie vor allen Dingen dem liberalen Frühkapitalismus mit seinen massenhaft Arbeitskraft einsaugenden Fabriken und Waren tauschenden Produzenten entsprachen. Produkte, Löhne, Gewinne und Arbeitszeit schienen noch deutlich in einem Zusammenhang zueinander zu stehen. Die Arbeitswelt sieht heute längst anders aus. Dort wo die Warenproduktion noch der lebendigen Arbeit bedarf, ist der Grad der Arbeitsteilung und Verwissenschaftlichung der Produktion derart angestiegen, dass eine Zurechnung der Ergebnisse auf individuelle Anstrengung vielfach unmöglich ist. Arbeitsteilung und Verwissenschaftlichung, die ja nichts anders darstellen als vergangene, kollektive Arbeit, sperren sich kategorial gegen das

Eigentums- und Leistungsprinzip (Oevermann 2001, 24). Jürgen Habermas konstatierte bereits 1968: „Das Maß des gesellschaftlichen Reichtums, den ein industriell entfalteter Kapitalismus hervorbringt, und die technischen wie organisatorischen Bedingungen, unter denen dieser Reichtum produziert wird, machen es immer schwieriger, die Statuszuweisung auch nur subjektiv überzeugend an den Mechanismus der Bewertung individueller Leistung zu binden“ (Habermas 1968, 103).

Die Expansion des tertiären Sektors in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat dieses Paradox noch einmal zugespitzt. Zwar ist die Expansion auf vielfältige Weise mit der Produktion von Gütern verbunden, denken wir etwa an deren Bewerbung und Verkauf. Auch lassen sich viele Dienstleistungen durchaus warenförmig organisieren, so dass auch hier Marktpreise Ergebnisse liefern, die ja dann wieder auf Einsatz und Bewertung zurückgeführt werden können. Doch gerade die extreme Ausdehnung von Dienstleistungsarbeit im Bildungssektor, im öffentlichen Dienst oder im Sozialwesen bewirkte vor allen Dingen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur eine Ausweitung der Staatsquote. Sie brachte massenhaft Arbeitsformen hervor, deren Eigenlogik eine Bewertung der Arbeitsleistung über Marktpreise ausschloss. Dadurch wurde nicht zuletzt eine Entwicklung zugespitzt, die aufgrund des Klassenkompromisses bereits in der industriellen Warenproduktion wirksam wurde: Löhne und Gehälter stehen in einem immer vermittelteren Verhältnis zum Markt und dessen Preismechanismen.

Die ökonomisch induzierte Entmoralisierung des Leistungsprinzips verbindet sich also mit einer Zunahme nicht intendierter Wirkungen des sogenannten fordistischen Sozialstaates, wie er vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in allen frühindustrialisierten Ländern in unterschiedlicher Ausprägung anzutreffen ist. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts setzte ein Prozess vielfältiger „Dekommodifizierungen“ ein (Lessenich 1999, 418). Dekommodifizierung der Arbeitskraft heißt, sie dem Wirken des Marktes ganz oder teilweise zu entziehen. Das beginnt bei der bereits erwähnten Sistierung von Marktpreisen als Kriterium für Löhne und Gehälter im Rahmen der betrieblichen Quersubventionierung von Betriebsparten mit geringerer Produktivität sowie durch Gesamtarbeitsverträge, die dafür sorgen, dass Löhne für bestimmte Gruppen weitestgehend kollektiv festgelegt werden. Das geht weiter über die vielfachen Verzerrungen der Primäreinkommen durch Steuerprogressionen etc. Last but not least geht es um die diversen Lohnersatzleistungen, wie Arbeitslosengeld, Ergänzungsleistungen, Sozialhilfe etc. Als sich Ende der 1960er Jahre und in den Jahrzehnten danach vielfältige Formen von Arbeitsverweigerung hinzugesellten, schienen die Gesellschaften nur mehr aus endlos sich ausbildenden Schülern und Studenten, aus immer jüngeren RentnerInnen oder faulen Beamten zu bestehen. Der Anspruch auf gesellschaftliche Partizipation auch ohne zwingende individuelle Vor- und Gegenleistung

traf dabei auch auf die Zuspitzung jenes „kulturellen Widerspruchs des Kapitalismus“, den Daniel Bell (1976) eindrücklich beschrieben hatte: Während Verzicht und Disziplin im Arbeitsprozess abverlangt werden, benötigt und fördert die kapitalistische Wirtschaft zugleich den konsumfreudigen Freizeithedonisten.

Neoliberale Therapie für das angeschlagene Leistungsprinzip

Vom Zerrbild einer Gesellschaft, deren Institutionen Anspruchshaltungen fördern, die nicht mehr an Leistungsbereitschaft gebunden sind, zehrte die geistige Wende, wie sie sich seit den 1980er Jahren durchsetzte. In Deutschland prägte einer der neoliberalen Vordenker, Meinhard Miegel, den Begriff der „deformierten Gesellschaft“, und in der Schweiz steht der Aufstieg der SVP für die sich ausbreitende Diagnose einer kränkelnden, weil Leistung verschmähenden Gesellschaft. Die Deformation der Gesellschaft besteht diesem Denken zufolge darin, dass sich Menschen – aus welchen Gründen auch immer – anmassen, das Leistungsprinzip nach ihrem Gusto anzuwenden und ihr Anspruchsniveau nicht dem ihnen zugemessenen Marktwert anzupassen.

Die Brisanz dieser „Deformierung“ lag und liegt jedoch darin, dass sie in der Gesellschaft die ökonomische Entwicklung nachvollzieht: Die wahrnehmbare Abkoppelung des Reichtums von der Arbeit verdeutlicht, dass ein gutes Auskommen immer weniger an individuell abzuleistende, entfremdende Arbeit gekoppelt sein muss. Weil dieser Zusammenhang freilich beschwiegen werden muss, kommt es nun zur extremen Zuspitzung jener inneren Widersprüchlichkeit, die der liberal-konservativen Kritik am „Werteverfall“ stets zueigen ist. Indem dieser den Menschen, nicht aber den objektiven Strukturen zugerechnet wird, wird die Kritik umso repressiver, je unhaltbarer ihr Gegenstand wird. Der autoritär-paternalistische Umgang mit den Arbeitslosen, die mal als Opfer eines zu großzügigen, gängelnden Sozialstaates, zumeist jedoch als bildungsunwillige, unflexible und faule Verursacher ihres eigenen Schicksals erscheinen, ist nur das augenfälligste Beispiel hierfür.

Inwiefern zielt nun der neoliberale Umbau auf eine Wiederherstellung des krisengeschüttelten Leistungsprinzips? Um zwei Missverständnisse auszuräumen: Die Frage des Neoliberalismus hat wenig mit der Frage „*Mehr oder weniger Staat*“ zu tun. In der Regel leisten sich neoliberale Staaten eine extrem starke Exekutive, ein ausgebautes Gefängnis- und Militärwesen, ja sie müssen es sich leisten. Es geht vielmehr um die Frage, worauf die staatliche Intervention zielt und welcher ökonomischen Logik sie folgt. Neoliberalismus ist demnach die tendenzielle Zielorientierung aller staatlichen Maßnahmen auf Marktgängigkeit, also Kommodifizierung, und damit auf eine totale „Responsibilisierung“ (Krasmann 2000) der Individuen: Jeder ist immer und für alles verantwortlich, weil jeder auch

alles zu verantworten hat, wie und weil es eben an Zielmargen, Preisen, Kennzahlen und Körpergewichtsangaben ablesbar ist und bewertet wird.

Die hier skizzierte diskursive Rekonstruktion des Leistungsprinzips korreliert mit einer Fülle von ganz handfesten „Reformen“ und Veränderungen in und außerhalb der Arbeitswelt, die geeignet sind, die oben beschriebenen Einschränkungen der Warenförmigkeit der Arbeitskraft tendenziell wieder zurückzunehmen. Das bedeutet zunächst ganz grundsätzlich die sukzessive Zwangsorientierung potenziell jeder Arbeitskraft, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Innerhalb der Arbeitswelt geht es darum, sämtliche Verzerrungen der Löhne durch marktferne Prozesse wie Subventionen, Lohnzuschüsse, Gesamtarbeitsverträge etc. rückgängig zu machen. Die Zunahme individueller, leistungsbezogener Lohnbestandteile verbindet sich dabei mit einer von der Industriesoziologie konstatierten Vermarktlichung bzw. „Finalisierung des Leistungsbegriffs“ (Sauer 2003, 263). Entscheidendes Kriterium für Leistung und ihre Honorierung sind demnach nicht mehr der geleistete Aufwand und die mitgebrachte Qualifizierung, mit denen Arbeitstätigkeiten ausgeübt werden. Entscheidend ist auch nicht der stoffliche Output, sondern entscheidend ist einzig und allein der realisierte Marktwert dieses Outputs.¹

Zweifelsohne sind mit der neoliberalen Vermarktlichung handfeste ökonomische Interessen verbunden, und doch zielt sie in einem umfassenden Sinne auf die Erneuerung der symbolischen Ordnung der Gesellschaft. Entgegen einer weitverbreiteten Meinung zielt Neoliberalismus nicht auf eine Kultur der Mass- und Grenzenlosigkeit. Zwar fordert er zur Verfolgung des Eigeninteresses auf, verbindet dies aber mit der Pflicht, sich der permanenten Überprüfung des individuellen Marktwertes zu stellen und die Bewertung, die der Markt vornimmt, zu akzeptieren. Der Neoliberalismus richtet sich gegen das anspruchvoll gewordene Individuum, das mehr will als ihm eigentlich zusteht und das unter Umgehung des Leistungsprinzips Auskommen erheischt.

Das neoliberale Therapievorhaben ist insofern gelungen, als das sich aus der Kritik am verzagten, verwöhnten Bürger und dessen Versorgungs- und Vollkaskomentalität ein neuer Heldentypus herausgeschält hat. Es ist der Entrepreneur, der das Risiko nicht scheut und deshalb auf den Märkten, insbesondere den Finanzmärkten Erfolg hat. Kultureller Ausdruck seiner Akzeptanz sind die vielen medial inszenierten Karrieren „talentfreier Superstars“ (Dieter Bohlen), aber auch umgekehrt die unheimliche Wirkungsmacht des Begriffs „Verlierer“, welcher auf Schulhöfen zu einem gängigen Schimpfwort geworden ist (Neckel 2008, 159ff.). Dieser Typus steht keineswegs für eine Abkehr vom Leistungsprinzip, sondern zunächst einmal für die Revitalisierung seiner Voraussetzungen: individualistisches Denken, Selbstinszenierung, Eigenverantwortung und –initiative. Seine Erfolge sind zwar an Bedingungen gebunden, die weder objektivierbar noch nachvollziehbar sind, doch erfordern sie durchaus notwendige persönliche

Eigenschaften, wie Klugheit, Geschick, aber vor allem Ehrgeiz, Willensstärke und Narzissmus oder Charisma. Gleichwohl ist diesem Leitbild aufgrund eben der Unbestimmtheit dessen, was eigentlich seine Leistung ausmacht, eine Ambivalenz zueigen, die einer konservativen Kulturkritik stets suspekt war und ist.

Die Calvinisierung des Leistungsprinzips

Mit der Krise der Finanzmärkte und den drastischen Folgen für die sogenannte Realwirtschaft scheint sich der Typus des Finanzjongleurs und das Wirtschaftsmodell, das ihn hofierte, einschliesslich des vermarktlichten Leistungsprinzips diskreditiert zu haben. Die sozialen Folgen der neoliberalen Phase, die auch schon vor der akuten Wirtschaftskrise vermehrt in der öffentlichen Debatte wahrgenommen wurden, erzeugen ein gesellschaftliches Klima der Desorientierung. Die zunehmende Einkommens- und Vermögensspreizung, die tendenzielle Polarisierung der Gesellschaft und die Prekarisierung der Mittelschichten, die sich immer weniger mit Aufstiegs- als vielmehr mit Abstiegszenarien konfrontiert sehen (Bude/Willisch 2006; Gazareth/Wyss/Iglesias 2007), werden die Krise des Leistungsprinzips weiter verschärfen. Wie sehr diese Gefahr gesehen wird, zeigen die Beiträge im Band „*Chancen für Alle. Die Perspektiven der Aufstiegsgesellschaft*“ (Kauder/Beust 2008), den die konservative Adenauer-Stiftung herausgegeben hat. Renate Köcher (2008, 44) etwa fordert angesichts der „zunehmenden sozialen Differenzierung“ eine erhöhte gesellschaftliche Aufmerksamkeit: „Ob eine Gesellschaft mit größeren sozialen Unterschieden leben kann, hängt nicht nur von der sozialen Absicherung der Unterschicht ab, sondern in hohem Maße auch davon, ob die eigene Position als unbeeinflussbares Schicksal empfunden wird oder als Ausgangsbasis, die durch Leistung verbessert werden kann.“ Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die Klage, die vor wenigen Jahren der damalige Vorsitzende der deutschen Sozialdemokraten, Kurt Beck, erhoben hatte: „Es gibt viel zu viele Menschen in Deutschland, die keinerlei Hoffnung mehr haben, den Aufstieg zu schaffen. Sie finden sich mit ihrer Situation ab. Sie haben sich materiell oft arrangiert und ebenso auch kulturell“ (Spiegel-Online 2006).

Es spricht einiges dafür, dass der vielfach beklagte Verlust des Vertrauens in das Leistungsprinzip sowie die konstatierte Aufstiegs müdigkeit nunmehr der neoliberalen Erfolgshetorik angelastet werden, die sich eben für allzu viele als Illusion entpuppt hat. Aber sind deshalb „die neoliberalen Konzepte in einem unvorstellbaren Ausmass gescheitert und die Leitideen der Ungleichheit intellektuell und moralisch diskreditiert“ (Rechsteiner 2009)? Betrachtet man die aktuellen Debatten im Hinblick auf die Neujustierung des gesellschaftlichen Leitbildes des bürgerlichen Leistungsprinzips, dann ist eher von einer neoliberal-konservativen Synthese zu sprechen:

Die konservativen Elemente der neoliberalen Erneuerung des Leistungsprinzips wie individualistisches Statusdenken, Eigenverantwortung sowie die Bereitschaft, „Markturteile“ zu akzeptieren, bleiben erhalten und verbinden sich mit einer Remoralisierung der leistungsorientierten Lebensführung und der Erneuerung von Sekundärtugenden wie Pflicht, Disziplin, Fleiss und Bescheidenheit.

Im Jahr 2009, in dem die Welt und besonders die Schweiz den 500. Geburtstag Calvins feiert, könnte man dieses Amalgam die Calvinisierung des Leistungsprinzips nennen. Wie Max Weber betonte, brach Calvin mit der katholischen Heilslehre insofern, als göttliche Gnade nicht mehr durch Buße und Reue erwirkt werden konnte, sondern einzig durch eine permanente rationale Lebensführung, in dessen Mittelpunkt die Arbeit stand.² Das Urteil Gottes über den Einzelnen steht ebenso wie das Urteil des Marktes, der Preis, in einem Zusammenhang mit der individuellen Leistung, muss aber immer wieder aufs neue „festgemacht“ werden, wie Weber schreibt. Gewinnstreben und Arbeitsethos als weltliche Bewährungschancen sind bei Calvin darüber hinaus an Bescheidenheit gebunden. Gewinn soll nicht verschwendet oder verspielt, sondern reinvestiert werden. Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund SEK (2009) empfiehlt angesichts der Finanzkrise deshalb, „Calvin neu zu entdecken“, und auf dem Podium „Kirche und Kapital“ der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde Zürich-Altstetten stellte man sich jüngst die Frage, was Calvin zur Finanzkrise zu sagen hätte. „Rolf Walther, Betriebsökonom, UBS-Angestellter und FDP-Kantonsrat in Zürich, erklärte, dass die Krise nicht auf den Werten von Calvin beruhe, sondern man im Gegenteil aus seinen Lehren Wichtiges lernen könne“ (Lokalinfo.ch 2009). Ungeachtet der Frage, welche Lehren aus der aktuellen Wirtschaftskrise tatsächlich dann auch umgesetzt werden, zeigt sich doch am Beispiel der parteiübergreifenden Kritik an den „Abzockern“, wie die Akteure auf den entfesselten Finanzmärkten gerne bezeichnet werden, in Umrissen die Erneuerung des Homo Oeconomicus, wie ihn Calvin prototypisch entworfen hatte: Verantwortungs- und massvoll, immer im Wissen um seine persönliche Haftbarkeit wie auch darüber, einer permanenten Leistungsbewertung ausgesetzt zu sein, die nicht mehr ohne weiteres kurzfristig frisierte Erfolgsbilanzen honoriert.

Wir beobachten zurzeit eine grundlegende Wertedebatte, auch wenn sie sich noch relativ verhalten ausnimmt. Zu gross ist die kulturelle Verunsicherung, welche die aktuelle Wirtschaftskrise ausgelöst hat, zu weit hatten sich die Sinnstifter des freien Marktes in den Jahren der ungebremsten Shareholder-Value-Euphorie aus dem Fenster gelehnt, als dass man nun wieder stringent aufzeigen könnte, wo es langgeht. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es zu einer symbolischen Verschiebung vom rein erfolgsorientierten Leistungsprinzip zurück zum eher aufwandsbezogenen Leistungsprinzip kommen wird. Erfolgreich sein unter Umgehung realwirt-

schaftlicher Aktivitäten, wie es an der Börse gang und gebe ist, passt als Leitbild nicht in die erneuerte bürgerliche Lobrede auf die sogenannte *Realwirtschaft*: „Im Grunde geht es um eine Restitution der Würde der Arbeit. Kapital ist ein Mittel, die Arbeit jedoch ein Gut des Menschen für sein Menschsein (Johannes Paul II.). Das Realprinzip Arbeit und damit Wertschöpfung und Produktion realer Güter und Dienstleistungen ist der Kern jeder soliden Wirtschaftsordnung“ (Blüm 2008).

Doch diese symbolische Aufwertung von Arbeit ändert freilich nichts daran, dass auch in der Realwirtschaft Gewinne erzielt werden müssen. Und dies gelingt nur, wenn der Aufwand und letztlich die Kosten der Arbeit minimiert werden. Die Propagierung von Sekundärtugenden, die einem eher aufwandsbezogenen Leistungsbegriff entsprechen, wie Fleiss und Pflichtbewusstsein, mutet deshalb wie Durchhalterhetorik an. Gleiches gilt für den neoliberal-konservativen Appell an Eigeninitiative und an die Bereitschaft, den Markt als Platzanweiser des individuellen Sozialstatus zu akzeptieren, ein Appell, der angesichts der realökonomischen Widersprüche immer absurder erscheint. Für die Lohnabhängigen kommen deshalb die Versprechen des calvinisierten Leistungsprinzips einer unverhohlenen Drohung gleich, dass Arbeitsleistungen weiterhin um jeden Preis aufzubringen sind (Wyss 2007). Mehr Arbeit, weniger Gier! Dass dieser Appell stets der Verschärfung der Ausbeutung vorausseilt, wusste schon der grosse Theoretiker des Anarchismus, Rudolf Rocker (1986, 140), als er 1937 zu Calvin schrieb: „Calvin war einer der furchtbarsten Persönlichkeiten in der Geschichte, ein protestantischer Torquemada und engherziger Zelot, der die Menschen mit Folter und Rad für das Reich Gottes reif machen wollte.“

Anmerkungen

- 1 Es muss also von einer neoliberalen Rekonstruktion des Leistungsprinzips durch seine Vermarktlichung gesprochen werden. Wenn weniger die Leistung im Sinne von Mühe und Einsatz als vielmehr der Erfolg entscheidet, so ist dies als Reaktion auf die (ökonomisch induzierte) Krise des Leistungsprinzips zu bestimmen, nicht als deren Ursache, wie es in neueren soziologischen Debatten nahe gelegt wird (vgl. Dröge/Neckel/Somm 2004).
- 2 „Von dem katholischen Auf und Ab zwischen Sünde, Reue, Buße, Entlastung, neuer Sünde oder von einem durch zeitliche Strafen abzubüßenden, durch kirchliche Gnadenmittel zu begleichenden Saldo des Gesamtlebens war keine Rede. Die ethische Praxis des Alltagsmenschen wurde so ihrer Plan- und Systemlosigkeit entkleidet und zu einer konsequenten Methode der ganzen Lebensführung ausgestaltet“ (Weber 1988, 114 f.).

Literatur

- Bell, Daniel, 1976: The cultural contradictions of capitalism. New York
Blüm, Norbert, 2008: Der Mensch ist kein Vermögensgegenstand. In: Tagespiegel v. 12.10.2008

- Brentel, Helmut, 1989: Soziale Form und ökonomisches Subjekt. Studien zum Gegenstands- und Methodenverständnis der Kritik der politischen Ökonomie. Opladen
- Bude, Heinz / Willisch, Andreas, 2006: Das Problem der Exklusion. In: Dies. (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg
- Dröge, Kai / Neckel, Sighard / Somm, Irene, 2004: Welche Leistung, welche Leistungs-gerechtigkeit? Soziologische Konzepte, normative Fragen und einige empirische Befunde. In: Berger, Peter A./Schmidt, Volker H. (Hg.): Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung. Wiesbaden
- Gazareth, Pascale / Iglesias, Katia / Wyss, Malika, 2007: Prekarität der Erwerbsarbeit und Armut. In: Gazareth / Juhasz / Magnin (Hg.): Neue soziale Ungleichheit in der Arbeits-welt. Konstanz
- Habermas, Jürgen, 1968: Technik und Wissenschaft als „Ideologie“. Frankfurt/M.
- Köcher, Renate, 2008: Aufstiegshoffnungen und Abstiegsängste. In: Kauder / von Beust (Hg.): Chancen für Alle. Die Perspektive der Aufstiegsgesellschaft. Freiburg
- Krätke, Michael R., 2003: Soziale Gerechtigkeit und „neue Sozialdemokratie“. In: Wider-spruch Heft 45, Zürich
- Krasmann, Susanne, 2000: Gouvernamentalität der Oberfläche. Aggressivität (ab-)trainieren beispielsweise. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hg.): Gou-vernamentalität. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/M.
- Kurz, Robert, 1995: Die Himmelfahrt des Geldes. Strukturelle Schranken der Kapitalverwer-tung, Kasinokapitalismus und globale Finanzkrise. In: Krisis 16/17
- Lessenich, Stephan, 1999: Vorwärts und nicht vergessen. Die neue deutsche Sozialstaats-debatte und die Dialektik sozialpolitischer Intervention. In: PROKLA, Heft 111, 29. Jg., 1999, Nr. 3, S. 411-430
- Marx, Karl, 1953: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf). MEW 42. Berlin
- Marx, Karl, 1971: Kritik des Gothaer Programms. Peking
- Marx, Karl, 1978: Das Kapital, Bd. 3, MEW 25. Berlin
- Marx, Karl, 1993: Das Kapital, Bd. 1, MEW 23. Berlin
- Miegel, Meinhard, 2003: Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen. Berlin
- Neckel, Sighard, 2008: Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft. Frankfurt/M.
- Oevermann, Ulrich, 2001: Die Krise der Arbeitsgesellschaft. In: Becker, Roland / Franzmann, Andreas / Jansen, Axel / Liebermann, Sascha (Hg.): Eigeninteresse und Gemeinwohlbin-dung: kulturspezifische Ausformungen in den USA und Deutschland. Konstanz
- Offe, Claus, 1970: Leistungsprinzip und industrielle Arbeit. Frankfurt/M.
- Pankoke, Eckhardt, 1990: Die Arbeitsfrage. Frankfurt/M.
- Rechsteiner, Paul, 2009: Rede zum 1. Mai 2009. www.sgb.ch/uploaded/Verschiedenes/1mai-rede%20pr%202009.pdf
- Rocker, Rudolf, 1986: Nationalismus und Kultur (1937), Bremen
- Sauer, Dieter, 2003: Die neue Unmittelbarkeit des Marktes. Arbeitspolitik im Dilemma. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 5
- Schatz, Holger, 2004: Arbeit als Herrschaft. Die Krise des Leistungsprinzips und seine neo-liberale Rekonstruktion. Münster
- Spiegel-Online, 2006: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,441376,00.html
- Thielemann, Ulrich, 2009: Millionenbezüge für Manager. Was ist fair und gut für die Unternehmensentwicklung? www.dgfp.de/de/content/articles/millionenbezeuge-fuer-manager-917/
- Weber, Max, 1988: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: Ders.: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I. Hamburg. S. 17-206
- Wyss, Kurt, 2007: Workfare. Sozialstaatliche Repression im Dienst des globalisierten Ka-pitalismus. Zürich.